

14. September 2015

Katja Kipping: 7-Punkte-Plan zur Flüchtlingsdebatte



Katja Kipping ist Bundestagsabgeordnete und Parteivorsitzende der LINKEN; Foto: www.katja-kipping.de

Die Bundesregierung führt wieder Grenzkontrollen ein, um die Einreise von Flüchtlingen zu erschweren. Gleichzeitig streitet sie mit den Bundesländern um die Finanzierung der Unterbringung und Betreuung. Es braucht neue Schwerpunkte in der Flüchtlingspolitik, fordert Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei.

In einem Gastbeitrag für das Magazin "Cicero" vom 09.09.2015 formuliert Katja Kipping einen 7-Punkte-Plan, mit dem die Flüchtlingspolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden soll:

1. Fluchtursachen bekämpfen!

Soll nicht einfach nur weiter Symptombekämpfung betrieben werden, gilt es heute damit zu beginnen. Das heißt konkret, Landgrabbing und Rüstungsexporte sofort zu verbieten. Das heißt auch, mehr Geld in Entwicklungszusammenarbeit zu stecken. Seit langem lautet das offizielle Ziel 0,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, doch das reiche Deutschland leistet sich nur 0,4 Prozent. Zudem braucht es legale Einwanderungsrouten, um das Sterben zu beenden. Die tödliche Jagd von Frontex auf Flüchtlinge an den Außengrenzen muss sofort beendet werden. Darüber hinaus ist dringend eine Neujustierung der deutschen Handelspolitik erforderlich. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, das die lokalen Märkte in Afrika zerstört, muss gekündigt werden. Schließlich müssen die Kooperation mit Verfolgerstaaten und Terrorexporteuren wie Saudi-Arabien umgehend eingestellt und die Kriegspolitik der Nato-Staaten beendet werden. Nachhaltig wird man die Fluchtursachen nur bekämpfen, wenn es ans Eingemachte, das heißt an die herrschende Wirtschaftsordnung geht.

2. Kommunen nicht im Regen stehen lassen!

Die Erstaufnahme Geflüchteter ist komplett vom Bund zu tragen. Das Geld dafür ist vorhanden. Auf mittlere Sicht muss der Bund die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen vollständig übernehmen. Der Bund muss zudem Bundesimmobilien unentgeltlich für Wohnzwecke zur Verfügung stellen. Auf Bundesebene ist eine entsprechende Besteuerung von Vermögen nötig, um die finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand zu erweitern.

3. Die Zeit der Erstaufnahme in den Lagern verkürzen!

*Nur so können eine dezentrale Unterbringung und eine ausreichende gesundheitliche Versorgung gewährleistet werden. Dazu sollte es möglichst viele Mitarbeiter*innen bei den zuständigen Behörden geben. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Ländern, Kommunen, Bund und Wohnungsbaugesellschaften, ausreichend Wohnraum für Geflüchtete (ebenso wie für andere Menschen mit geringen Einkommen) sicherzustellen. Flüchtlinge müssen schnell Zugang zur Gesellschaft bekommen, um ein Teil von ihr werden zu können.*

4. Zivilgesellschaftliches Engagement und Selbstorganisation unterstützen!

An vielen Orten unterstützen aktive Bürgerinnen und Bürger Geflüchtete dabei, hier Fuß zu fassen. Sie sehen sich zum Teil massiven Anfeindungen von Rechtsradikalen gegenüber. Dieses Engagement für menschliches Miteinander muss von staatlicher Seite anerkannt unterstützt werden. In diesem Kontext sollte auch die Selbstorganisationen von Flüchtlingen unterstützt werden – sie begreifen sich nicht länger als bloßes Objekt staatlicher Regulierung, sondern nehmen ihre Interessen selbst in die Hand. Sondergesetze, die Flüchtlinge noch immer diskriminieren, sollten aufgehoben werden. Außerdem haben viele zivilgesellschaftliche Initiativen keine dauerhafte finanzielle Perspektive. Zugleich werden zahlreiche Antifa-Initiativen immer noch vom Verfassungsschutz bespitzelt und geraten unter dem Vorwand der Extremismuskonzepte ins Visier polizeilicher Repression.

5. Eine Willkommenskultur schaffen und mit gutem Beispiel vorangehen!

*Keine Regierung kann Rassismus komplett abschaffen. Aber die Verantwortlichen können Willkommenskultur vorleben. Hier ist die neue Landesregierung in Thüringen ein gutes Beispiel. Geflüchtete werden nicht als potenzielle Last bezeichnet, sondern als Neubürger*innen begrüßt, auf die man sich freut. Auch der Winterabschiebestopp hat klar gemacht: Hier geht es um menschliche Schicksale und nicht um Zahlen. All das hat zwar keine Wunder bewirkt, aber immerhin hat sich bei einem Teil in Thüringen die Einstellung in Bezug auf Geflüchtete zum Positiven verändert. Willkommenskultur schafft Gelegenheiten zur Begegnung. Seien es Begegnungen, wie sie das Umweltzentrum Dresden jeden Nachmittag organisiert, indem an Tischen Dresdner*innen mit Geflüchteten ins Gespräch kommen und dabei Deutsch unterrichten. Sei es in Sportvereinen, die Flüchtlingsmannschaften aufbauen, oder auch in Kleingartenvereinen, wo man sich beim gemeinsamen Ernten näher kommt. Hier ist die Politik in der Pflicht, diese Ansätze auch praktisch zu unterstützen.*

6. Brauner Gewalt mit bestehenden Rechtstaatsmitteln begegnen!

Diese braune Gewalt erreicht derzeit eine neue Intensität und Unverhohlenheit. Angesichts der Bedrohung, die von diesem braunen Terror ausgeht, sollten Justiz und Polizei ihre bisherige Prioritätensetzung überdenken. So sind die Gefängnisse voll von Schwarzfahrern. Aber wenn der braune Mob Menschen angreift, kommt es nur zu einer Festnahme? Das ist doch eine bezeichnende Schwerpunktsetzung. Was es jedoch sicher nicht braucht, sind weitere Verschärfungen der Sicherheitsgesetze oder Einschränkungen von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit. Diese treffen, auch das ist in Sachsen gut zu beobachten, am Ende die Falschen. Gegen die braune Gewalt, gegen den neuen braunen Terrorismus gilt es vorzugehen – und zwar mit den bestehenden Mitteln des Strafrechts und Rechtsstaates.

7. Neubürgerkunde und Zivilcourage in die Lehrpläne aufnehmen!

Schule als Ort der Begegnung kann im Unterricht vermitteln, warum Menschen flüchten, woher sie kommen, was sie brauchen. Die Kontakte zu Flüchtlingskindern sind wertvoll, ihre

Geschichten ein Lehrstück für uns alle. Wir brauchen auch einen Demokratie- und Neubürgerunterricht, der keine inhaltsleere Staatsbürgerkunde über das politische System und die aktuelle Weltwirtschaftsordnung ist, sondern vielmehr dessen Widersprüche und Ungerechtigkeiten zum Ausgangspunkt einer kritischen Auseinandersetzung nimmt. Gelebte Demokratie ist langfristig immer noch das beste Mittel gegen Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Lesen Sie den gesamten Beitrag auf www.cicero.de!